

Robert Menasse/ Ulrike Guérot

Europa's Wahl

Ein abscheulicher, ein lächerlicher Geist geht um, auferstanden aus den Massengräbern Europas, der Geist des Nationalismus. Nein, Geist wäre er gerne, aber es ist bloß ein altes fadenscheiniges Laken, das der betrogene und machtlose Bürger übergeworfen hat, um zumindest diesen Machtrausch zu erleben: ein Schreckgespenst für die politischen Eliten zu sein. Und diese, statt das Laken zu lüften, steigen auf dieses Spiel ein. Nur das ist jetzt, vor der Wahl, das Erschreckende.

I.

Vor über 60 Jahren sind europäische Nationen bewusst und planvoll in einen gemeinsamen nachnationalen Prozess eingetreten. Dies war die Konsequenz aus der Erfahrung, dass der Nationalismus zu den größten Menschheitsverbrechen geführt und Europa verwüstet hatte. Dazu kommt nun unsere Erfahrung, dass Ökonomie und Globalisierung heute alle nationalen Grenzen sprengen und dramatische Krisen produzieren, die mit nationaler Politik nicht mehr gemanagt werden können. Die Lehren aus der Geschichte und unsere zeitgenössischen Erfahrungen führen zum selben Schluss: Nur eine gemeinsame transnationale Politik kann gestalten und ordnen, was ansonsten Zerstörung, Verbrechen und Misere produziert. Die Überwindung der Nationalstaaten ist keine Utopie, denn man kann nicht als Utopie bezeichnen, was sich seit Jahrzehnten an einem konkreten Ort in konkreten Schritten entwickelt und realen Erfahrungen entspricht. Man muss jene als negative Utopisten bezeichnen, die diesen Prozess nicht gestalten, sondern ihn stoppen wollen, und allen Ernstes glauben, aus der Geschichte austreten zu können.

Hört man dieser Tage hinein in Konferenzen über Europa, so hört man immer wieder, dass Europa in diesem unproduktiven Widerspruch gefangen ist: das derzeitige System der EU, die institutionalisierte Blockade europäischer Politik durch die stete Rücksicht auf die Fiktion „nationaler Interessen“, kann die Lösungen nicht hervorbringen, die der Euro zum Überleben braucht, aber das System kann sich auf Grund eben dieser Blockade auch nicht reformieren. Wo die politische Lösung versperrt ist, regiert die Technostruktur, wächst der Unmut nicht nur der Bürger, sondern auch der Beamten in Brüssel, die inzwischen nicht mehr nur unter vorgehaltener Hand sagen, dass die EU so nicht mehr (lange) funktioniert und Europa längst auf dem Weg einer schleichenden Desintegration ist. Alle Umfragen vor der kommenden Wahl zum Europäischen Parlament zeigen, dass die Wähler in Scharen zu den populistischen, nationalistischen anti-EU-Listen überlaufen. Kein Wunder. Ihnen wird ja auch von ihren Staats- und Regierungschefs, ihren Ministern, den Spitzen der vorgeblich pro-europäischen Parteien der Mitte und von ihren Leitartiklern unausgesetzt gesagt, dass es um die Verteidigung ihrer nationalen Interessen und nationalen Besonderheiten in Europa gehe, aber

die Bürger sehen, dass es knirscht und kracht und dass es so nicht funktioniert. Also schließen sie daraus, dass diese Politiker nicht stark und konsequent genug sind, um zu gewährleisten, was sie predigen, nämlich das „Wohl der Nation“, und so wechseln sie zu den radikaleren Nationalisten. Sie schicken die scheinheiligen Paffen der Europapolitik weg und machen den Totengräber zum Arzt am Krankenbett!

II.

Kein europäischer Staat kann gegen Europa, kein Euroland kann gegen den Euro gerettet werden. Es ist allerdings möglich, mehr noch, es ist erwiesen, dass der Nationalismus Europa zerstören kann. Gerettet wäre dadurch nichts. Am Ende, wenn alle Nationen Armenhäuser geworden sind, nicht einmal die nationale Souveränität.

Die Einführung des Euro als erste transnationale Währung der Moderne war eine kühne Entscheidung, vor allem aber war sie die logische und daher richtige Konsequenz unter den Voraussetzungen von Binnenmarkt, transnationaler Wertschöpfung und transnationaler Finanzströme. Der Euro garantiert den Wohlstand Europas und auch Europas Souveränität im globalen Kontext. Aber: ohne die Überwindung der nationalstaatlichen Strukturen innerhalb der Eurozone wird der Euro nicht zu halten sein. Denn der Euro ist eine transnationale Währung ohne transnationale Demokratie. Das ist es, woran Europa heute krankt. Dies erklärt, warum „Europa“ vom Euro profitiert, die Mehrzahl der Europäer aber immer weniger Euros in der Tasche oder auf den Konten ihrer Banken haben, die sie zugleich „retten“ müssen. Ohne europäische Demokratie kann es keine Verteilungsgerechtigkeit geben, bestenfalls entwürdigende Hilfe für die am meisten Betrogenen. Die nachnationale Demokratie für die Eurozone zu gestalten ist die Aufgabe der nächsten Dekaden, wobei vor allem der Begriff der Solidarität nicht mehr an den veralteten Begriffen von Nationalstaatlichkeit und nationaler Souveränität gekoppelt sein kann. Jeder denkende Mensch weiß um die Demokratiedefizite in Europa. Aber die Kritik wird den Anti-Europäern überlassen, statt endlich selbstbewusst und konsequent die Diskussion darüber zu beginnen, wie die neue europäische Demokratie entwickelt werden kann und wie sie am Ende verfasst sein soll.

III.

Alle Demokratiemodelle der Geschichte sind unter gesellschaftlichen und ökonomischen Voraussetzungen entstanden, denen sie entsprochen haben. Haben sich die ökonomischen und sozialen Voraussetzungen geändert oder wurden sie überwunden, ist auch das entsprechende Demokratiemodell mit untergegangen. Kein Mensch wünscht sich heute zum Beispiel die antike Demokratie zurück, auch wenn die letzten Altgriechisch-Professoren so faszinierend von ihr zu erzählen vermögen – denn niemand wünscht sich die Sklavenhaltergesellschaft zurück. Aber auch wenn immer wieder Organisationsformen von Demokratie an ihr Ende gelangten und verschwanden –immer wieder wurden neue Modelle gedacht, entwickelt und erkämpft, die den jeweils neuen Bedingungen entsprachen. Deshalb werden auch die nationalen Demokratie-Systeme

untergehen. Je früher wir uns an diesen Gedanken gewöhnen und ihn akzeptieren, desto besser für unsere Zukunft und die unserer Kinder. Denn Demokratie erweist sich nicht bloß im formalen Funktionieren ihrer Institutionen, sondern wesentlich darin, dass, bei Gewährleistung der politischen Partizipationsbedürfnisse der Bürger, Institutionen überhaupt in der Lage sind, in die gegebenen Voraussetzungen und ihre Herausforderungen ordnend eingreifen zu können. Die objektiven Voraussetzungen, die eine funktionierende demokratische Gestaltung erfordern, sind heute die transnationale Ökonomie und die globale Vernetzung. Nationale demokratische Regierungen können erwiesenermaßen diese nicht mehr menschengerecht gestalten, sie können, wie wir sehen, wider alle Vernunft Momente dieser Entwicklung blockieren, bei dicken Brocken aber, wie das Beispiel des Transatlantischen Freihandelsabkommens zeigt, vor den Interessen der multinationalen Konzerne nur hilflos in die Knie gehen - um dann eine legale parlamentarische, aber eben nicht mehr legitime demokratische Mehrheit dafür zu organisieren, den Kniefall noch schön zu reden.

Selbst der Begriff „Politikverdrossenheit“, die immer mehr Menschen erfasse, ist Schönfärberei. In Wahrheit ist es blankes Ressentiment, mit dem sich die politischen Eliten konfrontiert sehen. Warum reagieren diese so falsch, warum heizen sie das Ressentiment noch an, indem sie als Populisten, die nicht populär sind, hilflos mit den populären Populisten konkurrieren? Hier zeigt sich der Systemfehler der europäischen Demokratie. Solange Politiker, die europapolitische Verantwortung tragen, nur national gewählt werden können, müssen sie, um ihr politisches Überleben zu sichern, ihren Wählern versprechen, nationale Vorteile aus dem europäischen Kontext herauszuschlagen. Aber Nationalismus können die Nationalisten besser, und sie wirken glaubwürdiger, weil sie an den Verwerfungen des europäischen Systems nicht beteiligt scheinen. Diese dumme, durch das System erzwungene Konkurrenz der nationalen Eliten mit den Nationalisten erklärt, warum die Idee einer europäischen Demokratie nicht die Menschen erfasst, und verhindert zugleich die Einsicht, dass nicht die EU schuld ist am Versickern nationaler Demokratie, sondern die nationalen Demokratien schuld sind an den Demokratiedefiziten Europas.

Wie das *andere*, das nachnationale demokratische Europa politisch, ökonomisch und kulturell ausgestaltet werden kann, darauf muss sich endlich die Debatte richten. Und es wäre zu zeigen, dass ein *anderes* Europa für die Bedrohungen der Demokratie, die wir heute sehen, nicht das Problem ist, sondern die Lösung wäre.

IV.

Neben der geschichtologischen Erosion der nationalen Demokratien, die noch nicht in einer entwickelten transnationalen Demokratie aufgehoben werden, sind die eigentlichen Bedrohungen der repräsentativen Demokratie heute mannigfaltiger Natur und nicht nur ein Problem Europas, und es sind ihrer mindestens vier: Erstens der globale Paradigmenwechsel von Demokratie zu Effizienz. Die Unterordnung der Politik unter die

Ansprüche effizienter Kapitalverwertung und Gewinnmaximierung, selbst wenn dies die menschlichen Lebensgrundlagen zerstört, ist, wenn diese Politik sich dafür auch noch demokratische Legitimation organisiert, die systemische Aushöhlung jeglichen Sinns von Demokratie. Zweitens in der sozialen Frage: Demokratie ist nicht durch das abstrakte Recht auf politische Partizipation gewährleistet, sondern durch Chancengleichheit, die Partizipation erst wirklich ermöglicht. Längst ist Soziologen bekannt, dass Teile der Mittelschicht, die sozialen Abstieg fürchten, bei Wahlen Wut- und Denkwort-Stimmen abgeben und dadurch gegen ihre objektiven Interessen stimmen, und dass arm gar nicht mehr wählt, weil das untere Fünftel nicht mehr daran glaubt, dass die Politik durch die eigene Stimme beeinflusst werden könnte. Die Bedrohung liegt drittens in der politischen Ökonomie des Internets inklusive seiner Perversionseffekte à la NSA, dessen Auswirkungen auf die repräsentative Demokratie noch nicht erfasst sind. Und schließlich geht es um die demografisch bedingte, strukturelle politische Entmachtung der europäischen Jugend, die wir für die Gestaltung der europäischen Zukunft verlieren, und die um ihre eigene Zukunft betrogen wird. Bei allen populistischen Parteien in Europa ist der Anteil der jugendlichen Stimmen in der Altersgruppe 18-25 über dem nationalen Durchschnitt, denn Orbán und Le Pen, Lucke und Wilders bieten eben jenes „Andere“, das sich im wüsten institutionellen Gestrüpp des europäischen Krisen-Managements seinen Weg in eine enttäuschte Öffentlichkeit sucht, gerade so wie Wasser nach einem Rohrbruch in die Mauer einsickert und die Statik durch Fäulnis zu Fall bringt. Zu glauben, dass Marine Le Pen schnell wieder von 25% auf nur 6 oder 8% der Stimmen sinkt, nur weil Frankreich irgendwann 1% mehr Wachstum generiert, ist naiv. So lange wir Europa nicht erzählen, werden die Menschen den nationalen Märchenerzählern zuhören und in diesen Märchen ihre Identifikationsfiguren suchen.

„Mehr Europa“ ist dagegen eine abgedroschene Phrase, und „bessere Kommunikation“ ein hilfloses Konzept, wenn die politischen Eliten nicht bereit sind, zu sagen, was „mehr Europa“ bedeutet, sondern sich davor fürchten, ein innovatives, konsequent nachnationales politisches Konzept glaubwürdig zu vertreten. Sie merken nicht einmal, dass sie die europäische Idee endgültig in Misskredit bringen, wenn sie sich in Sonntagsreden als „glühende Europäer“ bezeichnen: denn wer will eine Zukunft, die ein Produkt der Fieberkurve der Politiker ist?

Im Moment des digitalen Weltformbruchs, wo das Internet die kulturelle Interaktion, die Wahrnehmung der Menschen (oder deren Zerlegung in Algorithmen) und die Geschwindigkeit der menschlichen Handlungen bestimmt, in einer Zeit, in der alles entgrenzt – die Finanzmärkte, die Ökonomie – , oder grenzenlos ist – die Wertschöpfungskette, die Energieversorgung, die ökologischen Probleme, der Cyberspace – klammert sich der europäische Diskurs an Grenzen wie nie zuvor: fiskalische Grenzen der Eurorettung, Zugangsgrenzen zu Sozialleistungen für EU-Bürger, Grenzen für Flüchtlinge, Grenzen bei jedem (Gedanken-) Schritt. Jetzt, wo die nationalen Grenzen de facto überwunden sind, wo Lastwägen nicht mehr an Schlagbäumen Halt machen, Passkontrollen weggefallen sind, das Kapital grenzenlos durch europäische Banken

mändert, forcieren nationale Regierungen wieder verstärkt die so genannte Verteidigung „nationaler Interessen“, um die Bürger „dort abzuholen, wo sie sind“, nämlich in der nationalen Misere oder, was das selbe ist, der Misere des Nationalismus. Hier Deutschland, das keine Transferunion will. Hier Frankreich, das keine Energiewende will. Hier Großbritannien, das austreten will. Zugleich: europäische Bürger verbunden durch Fernschnellzüge und Easyjet, fliegende Händler und Reisende, europäische „Kriechströme“, wie Karl Schlögel sie nennt, ein transnationales Europa, glücklicherweise längst dicht verwebt und verknüpft durch transnationalen Handel, Austausch, Verwandtschaften und Abhängigkeiten aller Art, vom untrennbaren Gewebe der gemeinsamen Erinnerungen und geteilten Katastrophen ganz schweigen; und der europäischen post-89er-Jugend, die, sofern sie Europa nicht schon einmal verlassen hat, gar nicht mehr weiß, was nationale Grenzen bedeuten.

V.

Denn es geht nicht mehr um Volk (das sich von Gefolge ableitet) und Grenzen im 21. Jahrhundert, es geht in Europa um Bürger und um die Entwicklung politischer Organisation und regionaler (Selbst-)Verwaltung jenseits der überlebten und beschränkten Möglichkeiten der Nationalstaaten, die kein Problem mehr an ihren Außengrenzen stoppen und auch nicht innerhalb ihrer Grenzen lösen können. Es geht um die Erfindung der europäischen Demokratie mit einem großen ‚I‘. Es geht um die Organisation einer europäischen Zivilgesellschaft und darum, ihr im europäischen System eine Stimme zu geben. Es geht um die De-Homogenisierung von nationalen Diskursen, die Schaffung eines transnationalen Diskussions- und Politikraumes. *Die deutsche Meinung gibt es ebenso wenig wie die französische, die finnische oder die portugiesische.* Ganz egal ob Eurokrise oder Energiepolitik. Es gibt Franzosen, die für die Energiewende sind, während deutsche Energiemonopolisten dagegen sind. Es war doch die Lehre aus der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts, dass „nationale Interessen“ jene Fiktion sind, deren Behauptung und Verteidigung unermessliches reales Leid über verführte, betrogene und wehrlose Menschen bringt.

Das Bestehen auf der Fiktion nationaler Interessen innerhalb einer nachnationalen Entwicklung produziert diesen unproduktiven Widerspruch, der zu keiner vernünftigen Synthese führen kann, bei der die zivilgesellschaftliche Stimme und die Interessen der Bürger aber meistens zu kurz kommen. Multinationale Konzerne spielen damit, indem sie die Vorteile des Binnenmarkts nutzen und zugleich, etwa steuerpolitisch, die nationalen Regierungen gegeneinander ausspielen, zum Schaden der europäischen Bürger, die in den engen Zellen nationaler Identitäten und sozialpolitischer Korsette gefangen gehalten werden, ohne die Möglichkeit, sich gegen die Renationalisierung der Kosten dieses Spiels zu wehren, wogegen sie sowohl zu Recht, als auch entrechtet und chancenlos rebellieren. Gleichzeitig wechseln heute reiche Franzosen kurz mal ihre Staatsbürgerschaft und werden zu Belgiern, um sich der landeseigenen Vermögenssteuer zu entziehen. Es gibt kaum ein anschaulicheres Beispiel für die Perversion des Nationenbegriffs.

Es geht darum zu erkennen, dass nationale Demokratie so nicht mehr, aber europäische Demokratie so noch nicht funktionieren kann. Und damit geht es um die einzig wichtige Frage für das Jahr 2014, die allen europäischen Bürgern, und nicht den Staaten gestellt werden muss: sind wir bereit und willens, ein wirklich demokratisches, das heißt konsequent nach-nationales Europa zu entwickeln? Sind wir bereit, auf der Grundlage des Gleichheitsprinzips der europäischen Unionsbürgerschaft ernsthaft – beginnend mit der Eurozone – z.B. über eine europäische Arbeitslosenversicherung zu diskutieren; oder über gleichwertige europäische Arbeitsbeziehungen, die den längst existierenden, transnationalen Sozialzusammenhängen der europäischen Wertschöpfungskette entsprechen? Eine einheitliche Grundsicherung für Bürger der Eurozone könnte eine Antwort sein. Sind wir bereit, über gemeinsame Steuern und gleiche Bemessungsgrundlagen zu sprechen? Sind wir bereit, als europäische Bürger gleiche und gemeinsame Rahmenbedingungen für unsere je eigene Glückssuche herzustellen und den Grundsatz des gleichen Rechtes für alle ernst zu nehmen? Oder wollen wir es allen Ernstes als die vernünftigste aller Welten erachten, dass sich Arbeitslose in Deutschland als Exportweltmeister brüsten dürfen – voller Ranküne auf die vermeintlich „faulen“ Arbeitslosen in Import-Nationen, während das gemeinsame Problem von beiden eher die Euro-Millionäre sind, die meist steuerfrei in London sitzen?

VI. Das Euro-System wird derzeit zu einem ökonomischen Ländervergleich gedrängt. Beim Thema “Transferunion” wird – oft mit chauvinistischem Unterton – von Geber- und Nehmerländern bzw. Nord- und Südländern unterschieden. Dabei ist nicht ganz Deutschland reich; und nicht ganz Griechenland oder Italien arm. Würde man Euroland als gemeinsame Volkswirtschaft verstehen lernen, die sie längst ist, dann könnte so logisch wie menschengerecht über Transfersysteme nachgedacht werden, die einen Finanzausgleich von einem (immer bevorzugten) Zentrum zu einer ökonomisch (immer benachteiligten) Peripherie herstellen würden; oder (transnational) von städtischen zu ländlichen Regionen, die heute staatenübergreifend von Strukturproblemen betroffen sind. So ist auch der Begriff Export innerhalb der Eurozone irreführend, bestimmt aber derzeit die Diskussion über die Handelsungleichgewichte. Ebenso wenig wie Exporte zwischen Hessen und Brandenburg gemessen werden, sowenig sollte dies z.B. zwischen Deutschland und Spanien der Fall sein. Solange es innereuropäische Import-Export-Statistiken gibt, zeigt sich, dass Europa zwar einen Binnenmarkt hat, aber noch kein Bewusstsein von einer Gesamtvolkswirtschaft mit gemeinschaftlicher Lenkung und Besteuerung. Es gibt zwar eine in 18 Staaten gültige einheitliche Währung, aber weiterhin 18 nationale volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen und nationale Haushalte, die der Souveränität der nationalen Parlamente unterliegen. Das ist der unproduktive Widerspruch, der nur eines produzieren kann: Krise! Euroland ist längst Binnenland, nur eben im (sozial-)politischen Raum der nationalen Parlamente und Staatshaushalte noch nicht. Eine europäische Arbeitslosenversicherung wäre eine Lösung, die der objektiven Entwicklung entspräche: Ihr liegt die Idee eines

indirekten, nicht auf Ländergrenzen basierenden bzw. verhandelten Finanztransfers zu Grunde; im übrigen würde sie identitätsstiftend wirken.

In der bisherigen Euro-Governance Struktur müssen - da der nationalstaatliche Ansatz nicht konsequent durchbrochen ist - die nationalen Volkswirtschaften innerhalb der Eurozone mit Blick auf z.B. Produktivität, Export oder Wachstum gleichsam „gegeneinander antreten“, so wie die berühmten Duracel-Batterie-Häschen aus der Werbung: die Fehlkonstruktion der bisherigen Euro-Governance ist, dass den Staaten detaillierte makro-ökonomische Ziele für Wachstum vorgegeben werden, die sie auf ihre eigene Art und Weise erreichen sollen, ohne dass aber auf der anderen Seite innerhalb der Eurozone ein einheitlicher ordnungspolitischer Rahmen gegeben ist, z.B. bei der Steuer- oder Sozialpolitik. Es kann nicht funktionieren! Die Eurozone braucht eine europäische Ordnungspolitik, ganz im ordo-liberalen Sinn!

VII.

Solange die EU-Strukturen bleiben wie sie sind, hat Colin Crouch in seinem Buch „Post-Demokratie“ Recht: *„You can always vote, but you have no choice“*. Wer bei europäischen Wahlen nur nationales Stimmrecht bietet, bei nationalen Wahlen aber Einsicht in die Unterordnung unter transnationale Wirtschaftsinteressen fordert, darf sich nicht wundern, wenn Wahlen nicht mehr als Möglichkeit politischer Partizipation gesehen werden. Wer jetzt, vor der Wahl zum Europäischen Parlament, die politische Partizipation der Bürger beschwört, aber die Lebenschancen und Möglichkeiten der Bürger durch die nationalen Bedingungen dividiert, wer das „Friedensprojekt Europa“ feiert, ohne den sozialen Frieden mit zu meinen, wer auf Indikatoren wachsenden Wohlstands in Bilanzen und Statistiken verweist, wo ein soziales Europa verlangt wird, darf sich nicht wundern, wenn die Wahl zur Party der Demagogen wird - die sich durch die Folgen der Wahl noch bestätigt sehen werden: Egal, welche Mehrheit gewählt wird, die Kommission wird - basierend auf einer neo-liberalen Navigationskarte - die gleichen Initiativen setzen, die Lobbyisten werden antichambrieren, der Rat wird nächtliche Entscheidungen ohne klar zuordenbare Verantwortungen treffen und die europäischen Bürgerinteressen werden verraten werden.

Keine PR-Kampagne kann da aussichtsreich den europäischen BürgerInnen die Bedeutung ihres europäischen Wahlrechtes nahebringen. Wo die europäische Demokratie entkernt ist, siegen die Populisten, und wenn das Europäische Parlament ihnen erst einmal gehört - die Abschaffung der 3%-Klausel könnte ansatzweise Weimarer Verhältnis im EP hervorbringen - werden diejenigen Wasser auf ihre Mühlen bekommen, die schon immer wussten, dass das EP kein ‚richtiges‘ Parlament ist. *„Let’s abolish the EP“*, sind nicht nur Sätze aus dem Mund britischer Diplomaten, denen die Rolle und die Macht des EP schon jetzt ein Dorn im Auge ist; auch unter deutschen Juristen ist das EP teilweise verpönt, während Karlsruhe den Steigbügel gehalten hat, damit der Deutsche Bundestag gleichsam zum „Kongress“ für die gesamte Eurozone mutieren konnte, ein

politischer Skandal, den zu verstehen man offenbar Nicht-Deutscher sein muss.

VIII.

Falls Europa doch noch erwacht, geht es also um die Ausgestaltung einer europäischen *res publica*, um ein europäisches Gemeinwesen, europäische Solidarität, einen Werteverbund, einen europäischen Bürgersinn, eine gemeinsame Geschichte und eine gemeinsame Zukunft und damit die Erfindung des *politischen* Europa im europäischen Kultur- und Wirtschaftsraum. Das ist die Lehre des 20. Jahrhunderts, die Europa in Brüssel, wo das Eurorettungsskript geschrieben wird, ziehen müsste, aber gerade dabei ist, sie zu verspielen. Nicht die Grenze bestimmt den Beitritt zu Europa, sondern wer sich zur europäischen *res publica* bekennt. Europa, das war und ist vor allem eine Idee! Wer heute die europäische Idee retten will, muss das System der EU kritisieren, vielleicht sogar die schöpferische Kraft der Zerstörung akzeptieren, um die Genese eines neuen Europas zu ermöglichen. Das augenblickliche EU-System ist – Karlsruhe hier, Referendum da – systemisch nicht in der Lage, diejenigen Lösungen hervorzubringen, die seine Bürger brauchen.

In Anlehnung an die jüngsten deutsch-französischen Vorschläge der Glienicker und Eiffel-Gruppe sowie das Manifest von Thomas Piketty für eine politische Union Europas vom 2. Mai könnte so ein zukunftsfähiges Konzept für die Eurozone aussehen, dem die anderen EU Staaten sukzessive beitreten könnten: Die Eurozone verfügt über eine gemeinsame „*fiscal capacity*“, ein Eurozonen-Budget, das über das hinaus geht (ca. 3-7% BIP der Eurozone), was derzeit über die Struktur- und Kohäsionsfonds innerhalb der EU an Transferzahlungen geleistet wird. Die fiskalische Umverteilung findet über eine europäische Arbeitslosenversicherung statt, die den Charakter von einem automatischen Stabilisator erhält. Das ESM (der Europäische Stabilitätsmechanismus) könnte der Embryo eines europäischen Finanzministeriums werden, dem ein Eurozonenparlament, also eine parlamentarische Abstimmungseinheit für die Eurozone gegenüber steht, das legislatives Initiativrecht und volles Budgetrecht erhält. So könnte die Eurozone zu einem kräftigen Magneten für die anderen EU-Länder werden, die dieser Euro-Demokratie mit der Zeit beitreten können.

Dies würde die Demokratie innerhalb der Eurozone bestärken: einer starken europäischen Legislative stünde der „Rohbau“ einer europäischen Exekutive gegenüber. Das demokratische System der Eurozone würde sich in Richtung einer Gewaltenteilung à la Montesquieu mit einem parlamentarischen Zweikammersystem bewegen. Wer glaubt, dies sei Spinnerei von Träumern, der schaue in den Westerwelle-Bericht über die Zukunft Europas vom September 2012. Der „permanente Präsident der Eurogruppe“, so wie im deutsch-französischen Papier vom 31. Mai 2013 vorgeschlagen, könnte als zukünftiger *European Treasury*, also als europäischer Finanzminister *in spe* angesehen werden, der ein Eurozonen-Budget verwaltet. In einem solchen Rohbau wäre die Frage nach der europäischen Demokratie endlich horizontal (europäische Legislative vs.

Europäische Exekutive) angelegt und nicht mehr vertikal: Nationalstaat vs. Europa.

IX.

Die Kommission müsste zu einer zukünftigen Euro-Regierung fortentwickelt werden, wie es schon 1994 im sogenannten Schäuble-Lamers Papier stand und dabei müssten ihre (neutralen) wettbewerbsrechtlichen Funktionen von ihren politischen Funktionen getrennt werden. Die Kommission wäre in einzelne Ministerien aufgeteilt (und gleichzeitig verkleinert) werden, die aus den jetzigen Generaldirektionen hervorgehen können: ein Außenministerium (der jetzige EEAD), ein Handelsministerium, ein Entwicklungsministerium, ein Agrarministerium, ein Energieministerium, ein Cyberministerium etc. Nur so können politische Entscheidungen klar zugeordnet werden. Die einzelnen „Ministerien“ könnten die regierende Koalition des EP abbilden, politische Linien würden sichtbar, statt dass jeder Kommissar, wie es heute der Fall ist, bloß als ‚nationaler‘ Repräsentant wahrgenommen wird, der aber in unausgesetztem Widerspruch zu „nationalen Interessen“ gerät, weswegen die meisten Kommissionsvorschläge von den Bürgern als undemokratisch empfunden werden.

Kurz: sind wir bereit, den großen, europäischen historischen Schatz der französischen Revolution ernst zu nehmen, der da sagt: *Liberté, Egalité, Fraternité*? Sind wir bereit, durch eine europäische Demokratie den Gleichheitsgrundsatz endlich zu verwirklichen, also die ungleich großen und ungleich mächtigen Nationen Europas zu überwinden, die den Bürgern Europas ungleiche Chancen geben? Historisch sind in Europa die Regionen das Kontinuum, die nationalen Grenzen haben sich immer wieder verschoben, sind in Landkarten eingezeichnete Linien der Willkür. Die europäischen Regionen sind alle etwa gleich groß, ideale Verwaltungseinheiten, in denen die Bürgerinnen und Bürger im besten Sinn des Begriffs souverän wären, also auf ihre je eigene, ihrer gewachsenen Kultur und Mentalität entsprechende Weise in gleichen gesamteuropäischen Rahmenbedingungen ihr gesellschaftliches Leben und ihre politische Partizipation organisieren können. Diese Regionen vereint unter dem starken Dach einer europäischen Republik, das könnte zu der europäischen Erzählung werden, nach der die phantasielosen „Pragmatiker“ angeblich suchen.

X.

Geschichte passiert meistens *par default*, nicht durch *grand bargains*. Aber es ist höchste Zeit darüber nachzudenken, wohin wir die europäische Idee im 21. Jahrhundert weiter entwickeln wollen und wie wir einen europäischen Neuanfang wagen, wenn sich das bisherige System endgültig systemisch erschöpft haben wird. Die Hoffnung muss daher auf einen neuen europäischen Verfassungskonvent vor den nächsten EP-Wahlen im Jahr 2019 gesetzt werden, an dem die europäischen Bürger jenseits ihrer gewählten ‚nationalen‘ Vertreter über ein ausgeklügeltes Repräsentationssystem direkte Teilhabe haben, so dass die Ausgestaltung einer europäischen *res publica* zu einem wahrhaft zivilgesellschaftlichen

Anliegen werden kann. Selbst wenn in diesem Jahrhundert der große Knall hoffentlich ausbleibt, der in der Geschichte immer wieder die Zäsur zwischen den Epochen markiert hat, so besteht kein Zweifel daran, dass die schleichende Zersetzung des alten Europas schon längst begonnen hat, während das *neue* Europa, längst Realität im Bewusstsein vieler europäischer Bürger, auf seine gültige, zukunftsfähige Verfassung wartet.